

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

1. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 sind die Kantone eingeladen worden, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Bedrohungslage für Minderheiten hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht, so dass diverse Gemeinschaften, auch im Kanton Aargau, ihre Sicherheitsaufwendungen erhöhen mussten. Die finanziellen Mittel der bedrohten Gemeinschaften sind aber begrenzt, weshalb sie nicht alle notwendigen Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten umsetzen können. Wir begrüssen daher, dass sich der Bundesrat an den Sicherheitskosten für besonders gefährdete Minderheiten beteiligen will. Wir erachten es als besonders wichtig, dass sich der Bund an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten beteiligt. Aber auch die finanzielle Unterstützung der Ausbildung in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr sowie finanzielle Hilfen für die Sensibilisierung oder die Information breiter Bevölkerungskreise werden begrüsst.

Inhaltlich unklar ist aus unserer Sicht, ob auch rückwirkend Finanzhilfen für bereits umgesetzte Massnahmen gesprochen werden können. Art. 6 VSMS sollte diesbezüglich präzisiert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- jonas.amstutz@bj.admin.ch



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 5. April 2019

Eidg. Vernehmlassung; Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit der vorliegenden Verordnung wird die Leistung von Finanzhilfen für Massnahmen vorgesehen, die in der Schweiz von nicht gewinnorientierten Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit Sitz in der Schweiz durchgeführt werden, um bestimmte Minderheiten vor Angriffen, die im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, zu schützen. Der Regierungsrat stimmt der Vorlage mit dieser Zielsetzung zu.

Insbesondere der Bezeichnung der Minderheiten in Art. 3 als auch den zu unterstützenden Massnahmen nach Art. 4 des Verordnungsentwurfs wird grundsätzlich zugestimmt. Gemäss dem Verordnungsentwurf können finanziell unterstützt werden: Schutzmassnahmen baulicher und technischer Art zur Verhinderung von Straftaten (lit. a), Ausbildung von Mitgliedern von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr (lit. b), Sensibilisierung von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen oder von Dritten (lit. c) sowie Informationen über Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen, namentlich hinsichtlich der sie betreffenden Herausforderungen im Sicherheitsbereich (lit. d). Art. 4 lit. d spricht – so der erläuternde Bericht, S. 8 – breite Bevölkerungskreise oder einzelne Gruppen daraus an. Anhand des Wortlauts ist allerdings nicht von vorneherein verständlich, an wen sich die Regelung richtet und in welcher Weise hinsichtlich der Herausforderungen im Sicherheitsbereich, die Minderheiten betreffen, zu orientieren ist. Eine zusätzliche Präzisierung, an wen sich diese Bestimmung richtet und worin die zu unterstützenden Massnahmen bestehen, wäre zweckmässig.



Die Verordnung beschränkt sich ausschliesslich auf Finanzhilfen des Bundes in der Form von Geldleistungen. Die für eine finanzielle Unterstützung in Frage kommenden Organisationen können – so der erläuternde Bericht – dem öffentlichen Recht oder dem Privatrecht unterstellt sein. Organisation ist in einem weiten Sinn zu verstehen. In Frage kommen beispielsweise Vereine, Stiftungen, autonome Fachkommissionen des öffentlichen Rechts, Dachverbände von Religionsgemeinschaften oder Nichtregierungsorganisationen, nicht aber Kantone oder Gemeinden und ihre Organe als hoheitlich handelnde Verbände. Im erläuternden Bericht heisst es, die Verordnung sei mit der Erwartung verbunden, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe leisten (Erläuternder Bericht, Ziff. 4.2). Im Verordnungsentwurf kommt diese Erwartung zur Recht nicht zum Ausdruck. Die Finanzhilfen des Bundes gemäss den Kriterien der zur Vernehmlassung stehenden Verordnung sollen nicht davon abhängen, ob und inwieweit entsprechende Leistungen der Kantone erfolgen. Die Kantone entscheiden darüber separat und unabhängig.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Appenzell, 18. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und stellt fest, dass die vorliegende Verordnung ein umfassendes Sicherheitskonzept für sämtliche „Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen“ vorsieht.

In der Schweiz sollten grundsätzlich alle den gleichen Schutz geniessen. Die Sicherheit im Innern ist Sache der Kantone, und die Kompetenzen sollten nicht vermischt werden. Die ursprünglich geplante Massnahme, die jüdischen Gemeinschaften bei der Finanzierung ihrer hohen Sicherheitskosten zu unterstützen, hätte als ausserordentliche Situation unterstützt werden können. Die vorliegende Verordnung wird in der vorgesehenen, ausserordentlichen Form abgelehnt, und zwar nur schon deshalb, weil der Vollzug zu einem unnötigen administrativen Aufwand führen würde.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Liestal, 30. April 2019

Vernehmlassung

zum Entwurf einer "Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)"

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Der Vorschlag, dass der Bund – gestützt auf Artikel 386 StGB – Finanzhilfen an Organisationen leisten kann, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen vor Angriffen im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus zu schützen, wird von uns begrüsst. Wir erachten eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten oder für die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung als zweckmässig und zielführend.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Justiz

per Email an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Basel, 3. April 2019

Regierungsratsbeschluss vom 2. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 hat uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) zukommen lassen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bereits im Voraus.

Die Verordnung sieht vor, dass sich der Bund an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen beteiligen kann, um Minderheiten vor Angriffen, die im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, zu schützen. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die neue Verordnung des Bundes und die darin vorgesehene Möglichkeit, Finanzhilfen an Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit besonderen Schutzbedürfnissen auszurichten.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass beim Schutz der Minderheiten nicht nur der Bund, sondern auch die Kantone in der Verantwortung stehen. In Basel-Stadt hat etwa das Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» das Ziel, die Sicherheitskosten der jüdischen Organisationen in Basel substantiell zu senken, indem der Kanton seine Aufwendungen entsprechend erhöht. Im Dezember 2018 hat das kantonale Parlament jährlich wiederkehrende zusätzliche Ausgaben von 746'000 Franken bewilligt, damit das kantonale Polizeikorps um acht bewaffnete Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten aufgestockt werden kann. Wo möglich und sinnvoll sollen nachgelagert auch bauliche Massnahmen umgesetzt werden.

Im Wissen um die hohen Kosten baulicher und weiterer Sicherheitsmassnahmen ist für den Regierungsrat fraglich, ob die mit der Verordnung verfolgten Ziele mit jährlichen Finanzhilfen in der Grössenordnung von maximal 500'000 Franken (so bei der Erarbeitung des Konzepts «Sicherheit Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen» beschlossen) erreicht werden können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

EJPD
Bundesamt für Justiz

Per Mail jonas.amstutz@bj.admin.ch

1. Mai 2019

RRB-Nr.: 392/2019
Direktion Polizei- und Militärdirektion
Unser Zeichen 2019.POMGS.116
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bunderätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat anerkennt die Bedürfnisse diverser Minderheiten oder Gruppen, sich gegen die erhöhte Bedrohung durch terroristische oder gewaltextremistische Aktionen oder Angriffe zu schützen. Er unterstützt die vorliegende Verordnung des Bundes grundsätzlich.

Der Regierungsrat spricht sich dafür aus, dass die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller sich an den finanziellen Kosten für ihre eigenen Schutzbedürfnisse angemessen beteiligen.

Artikel 5 des Verordnungsentwurfs sowie die Erläuterungen (Punkt 3.3.1) erwähnen die Erwartung, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen wie der Bund. Daraus entsteht eine Abhängigkeit zwischen den Leistungen des Bundes und der Kantone, deren Prozess zu wenig klar beschrieben ist. So kann daraus abgeleitet werden, dass zuerst die Kantone (bzw. Gemeinden und andere Behörden) ihre unterstützenden Massnahmen festlegen oder umsetzen müssen, bevor die Bundesstellen ihre Finanzhilfen festlegen.

Sicherheitsmassnahmen sind immer ein Gesamtpaket von komplementären Massnahmen. Der Erarbeitungsprozess sollte, angelehnt an den Prozess zur Umsetzung von Schutzmassnahmen im Konzept des SVS, in der Verordnung erkennbar oder zumindest im Bericht zur Verordnung beschrieben sein. Es muss erkennbar sein, dass ein Gesamtkonzept vor der

Zusage einer Kostenbeteiligung von einzelnen Behörden gesamtheitlich (Beitragsempfänger, Gemeinde, Kanton, andere Behörde, Bund) erarbeitet, beurteilt, entschieden und umgesetzt wird.

Gleichzeitig wird die nationale Koordination der Beurteilung von Schutzmassnahmen zu wenig thematisiert. Hier sollte fedpol eine koordinierende Rolle zugewiesen werden. Es muss sichergestellt sein, dass der notwendige Informationsfluss zwischen dem Bund, den Kantonen, Städten/Gemeinden und Behörden insofern sichergestellt ist, sodass die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen, unter Berücksichtigung der kantonal und lokal unterschiedlichen Begebenheiten und basierend auf der Lagebeurteilung, bestmöglich einheitlich bzw. nach einheitlichen Kriterien erfolgt.

Im Weiteren lehnt es der Regierungsrat ab, Finanzierungshilfen für die Ausbildung in den Bereichen Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr vorzusehen (vgl. Artikel 4 Buchstabe b VSMS). Es gilt zu verhindern, dass neben den lokalen Sicherheitsbehörden und privaten Sicherheitsdiensten eine weitere Kategorie von intervenierenden "Sicherheitspersonen" geschaffen wird. Der blosse Ausschluss von Ausbildungen an Waffen genügt hierzu nicht. Der Regierungsrat schlägt vor, in Buchstabe b lediglich Finanzhilfen für den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten vorzusehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du DFJP
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Document PDF et Word à :
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Fribourg, le 30 avril 2019

Avant-projet d'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP) - Consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation citée en titre. Dans le délai imparti et après consultation des services concernés de l'Etat de Fribourg, le Conseil d'Etat fribourgeois vous fait parvenir ses remarques quant à cet avant-projet d'ordonnance.

1. En général

Le Conseil d'Etat fribourgeois soutient l'avant-projet d'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier qui permet de renforcer la protection policière et la participation aux coûts engendrés par les mesures de sécurité dont les minorités sont actuellement elles-mêmes responsables. Cet avant-projet établit une base juridique convaincante en réglant l'octroi par la Confédération d'aides financières nécessaires en vue de protéger certaines minorités contre des attaques relevant du terrorisme ou de l'extrémisme violent.

Nous relevons toutefois que le projet proposé se focalise sur les dimensions sécuritaires en abordant que très peu l'aspect préventif. En d'autres termes, il n'est pas prévu de renforcer les mesures de sensibilisation expliquant les mécanismes des problématiques de racisme et de discriminations qui peuvent mener au terrorisme et à l'extrémisme violent.

En ce sens, nous regrettons qu'aucun lien ne soit établi entre la présente ordonnance et les programmes d'intégration cantonaux (« PIC »). Un tel lien serait une opportunité de créer des synergies et de mettre sur pied des politiques cohérentes en termes de prévention et d'intégration.

2. En particulier

> Ad art. 3 let c.

Le critère fixé conformément à cet article, soit d'« entretenir des liens solides avec la Suisse et ses valeurs », mériterait une clarification. L'explication fournie dans le rapport, au bas de la page 6, établit que « cela signifie qu'elles doivent jouir d'une bonne visibilité dans la vie sociale du pays, des cantons, des régions ou des villes et qu'elles y contribuent au moins de manière ponctuelle ».

Cette clarification n'est pas satisfaisante puisqu'elle ne se détermine ni sur la notion de liens, ni sur celle de valeurs mais concerne plutôt la participation sociale qui suppose une appréciation subjective. Cette appréciation pourrait aboutir à une définition aléatoire et inéquitable de la notion de « minorité ».

> Ad art. 5 et rapport explicatif p. 8 point 3.3.1

Il est précisé qu' « *il est attendu des cantons qu'ils apportent une participation financière d'un montant équivalent [500 000 francs]* ». Nous relevons que la part des cantons doit également être appréciée au regard du socle sécuritaire de base apporté dans le cadre de leurs compétences en matière de sécurité.

Cela étant, nous souhaiterions qu'il soit précisé, dans le rapport explicatif, qu'aucun montant ne sera prélevé sur les enveloppes dévolues aux programmes d'intégration cantonaux (« PIC »).

> Ad art. 11 et rapport explicatif p. 11 point 3.4.3

S'agissant de l'examen des demandes, fedpol requiert une appréciation du SRC qui consulte les autorités cantonales et communales compétentes. Cela étant, il serait important que les Bureaux d'intégration cantonaux soient informés des demandes et associés au processus.

> Ad rapport explicatif p. 7, ligne 3-4

Nous relevons que c'est à juste titre qu'il est relevé que les groupes de réfugiés et de demandeurs d'asile n'entrent pas dans le champ d'application très spécifique de l'avant-projet d'ordonnance. Toutefois, nous suggérons que le passage du rapport, qui est un peu décontextualisé, soit développé dans un esprit plus positif et moins stigmatisant.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer sur cet avant-projet d'ordonnance et nous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :



Jean-Pierre Siggen
Président



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 17 avril 2019

Le Conseil d'Etat

1930-2019

Département fédéral de justice et
police DFJP
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesrain 20
3003 Berne

Concerne : procédure de consultation relative à l'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Madame la Conseillère fédérale,

En réponse à votre courrier du 30 janvier dernier, le Conseil d'Etat de la République et canton de Genève vous remercie d'avoir pris l'initiative de lancer la procédure de consultation mentionnée en titre et vous fait part de ses observations y relatives.

Notre Conseil est pleinement conscient que certaines minorités, en particulier celles mentionnées dans l'ordonnance soumise à consultation, sont susceptibles d'être l'objet de violences ciblées, ou tout du moins de menaces concernant leur sécurité.

Il salue par conséquent l'initiative de la Confédération visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier. Il se réjouit tout particulièrement du fait que les mesures envisagées dans cette ordonnance sont à la fois sécuritaires et préventives, telles que la sensibilisation à destination de la population en général ainsi que la formation et l'autonomisation pour les populations susceptibles d'être l'objet de violences.

Le fait que les mesures de prévention ou de protection concernent à la fois les minorités ethniques ou religieuses et les minorités sexuelles, est également particulièrement pertinent, et compatible avec l'article 15 de la Constitution de la République et canton de Genève (Cst-Ge, A 2 00) lequel protège des discriminations ces mêmes minorités.

En outre, les mesures envisagées respectent l'obligation faite aux autorités cantonales genevoises de se conformer à la loi sur la laïcité (LLE – A 2 75) entrée en vigueur le 9 mars 2019. En effet, elles ne peuvent pas être considérées ou interprétées comme un soutien aux activités culturelles des organisations religieuses.

Pour le surplus, nous vous invitons à vous rapporter aux commentaires figurant en annexe au présent courrier et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre plus haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



p-o . Antonio Hodgers

Annexe mentionnée

Copie par courriel à Jonas Amstutz : jonas.amstutz@bj.admin.ch

Consultation relative à l'ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP)

Annexe à la réponse du canton de Genève

Références	Commentaires/remarques
Article 3	<p><u>Ordonnance</u></p> <p>Il est fondamental, dans le cadre de ce dossier, que le Service de renseignement de la Confédération (SRC) reste en contact permanent avec la police cantonale, comme il est d'usage, afin de communiquer tout soupçon de situations à risque avéré ou tout péril imminent.</p> <p><u>Rapport explicatif et ordonnance</u></p> <p>Le document explicatif concernant l'ordonnance mentionne expressément les personnes LGBTI (cf. p. 6/13), la lettre b de l'article 3 ne mentionne que le critère de l'orientation sexuelle. Il conviendrait d'inclure également, dans le texte même de l'ordonnance, celui de l'identité de genre (voire de l'identité et de l'expression de genre). Cela permettrait de respecter la terminologie d'usage au plan international (ONU, Conseil de l'Europe, etc.), qui a d'ailleurs d'ores et déjà été adoptée par le Conseil fédéral à l'occasion de la signature de Déclaration d'intention de La Valette, validée en avril 2015 déjà¹. Cela permettrait également de répondre aux exigences et à la réalité du terrain. La nouvelle formulation de la lettre b de l'article 3 (cf. texte en italiques) devrait donc, à notre sens, être la suivante :</p> <p>b) se distinguent notamment par leur mode de vie, leur culture, leur religion, leurs traditions, leur langue, leur orientation sexuelle <i>ou leur identité de genre</i>;</p>
Article 4	<p><u>Ordonnance</u></p> <p>La liste des mesures prévues permet de couvrir un éventail suffisamment large pour agir de manière efficace. Il conviendrait toutefois de financer des recherches permettant d'avoir la certitude que les mesures prévues sous les lettres a), b), c) ou d) et adoptées par les cantons concernés soient les plus adéquates, efficaces et efficientes possible. La nouvelle formulation de l'article 3 devrait donc, à notre sens, inclure une lettre e) formulée de la manière suivante :</p> <p>e) l'adéquation, l'efficacité et l'efficience des mesures décrites ci-dessus, ceci grâce à des études effectuées par des spécialistes dans les domaines concernés.</p>

¹ <https://www.admin.ch/gov/fr/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-57063.html>

<p>Article 5</p>	<p><u>Rapport explicatif</u></p> <p>Les moyens mis à disposition annuellement pour réaliser ces mesures s'avéreront insuffisants. En effet, dans le rapport explicatif, il est fait mention que la Confédération pourrait octroyer des aides financières pour un montant maximum de 500'000 francs et qu'il est attendu des cantons qu'ils apportent une participation financière d'un montant équivalent.</p> <p>Il conviendra de garantir une égalité de traitement entre les minorités dans l'établissement d'un ordre de priorité pour apprécier les demandes lorsque celles-ci excèdent les ressources disponibles.</p>
<p>Article 6</p>	<p><u>Ordonnance</u></p> <p>L'évaluation des mesures pourrait être difficile, étant donné que le résultat de ces mesures devrait être l'absence de violences, dont il sera difficile de dire si elles sont le résultat des mesures précitées ou simplement de la conjoncture locale durant la période concernée.</p>
<p>Article 8</p>	<p><u>Ordonnance</u></p> <p>Il paraît particulièrement pertinent de prévoir que les mesures éventuelles puissent être cofinancées par diverses parties prenantes, dont des tiers. Certains partenaires privés genevois pourraient en effet être disposés à contribuer au financement de ces mesures.</p>

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Glarus, 30. April 2019
Unsere Ref: 2019-29

Vernehmlassung zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die Eröffnung der Möglichkeit zur Subventionierung von Schutzmassnahmen für bestimmte exponierte Minderheiten wird von uns im Grundsatz begrüsst. Nicht einverstanden sind wir mit den Ausführungen zu Art. 5 Abs. 1 im erläuternden Bericht hinsichtlich der Gewährung von Finanzhilfen. Es muss den Kantonen freigestellt bleiben, inwieweit sie sich an einer solchen beteiligen. Die im Bericht formulierte Erwartung des Bundes, dass die Kantone zusammen Leistungen in der Grössenordnung von 500'000 Franken erbringen, darf nicht als Anspruch betrachtet werden. Die Kantone sollen hier selbstständig gemäss ihren Möglichkeiten und in Würdigung der Gegebenheiten entscheiden können.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Dr. Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Kontaktperson für Rückfragen:
Departement Sicherheit und Justiz
Arpad Baranyi, Departementssekretär
Tel: 055 646 68 00 / E-Mail: arpad.baranyi@gl.ch

versandt am: **01. Mai 2019**



Sitzung vom

16. April 2019

Mitgeteilt den

16. April 2019

Protokoll Nr.

264

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Als PDF- und Word-Version auch per E-Mail zustellen an:

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 fordern Sie die Kantone auf, zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zu der Thematik äussern zu können.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst den Willen des Bundesrats, bestimmte Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen vor Angriffen, welche im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, schützen zu wollen. Der Schutz von Minderheiten ist in einem demokratischen Staat als Kernaufgabe zu betrachten. Entsprechend wichtig ist das Signal, dass der Bund setzt, indem er sich zu seiner Verantwortung gegenüber Minderheiten und deren Schutz bekennt.

Die ausgearbeitete Verordnung beschränkt sich auf Finanzhilfen des Bundes. In der Verordnung selber wird kein maximal zur Verfügung stehender Betrag genannt. Gemäss erläuterndem Bericht soll jedoch der Bund Mittel in der Grössenordnung bis zu maximal 500'000 Franken pro Jahr leisten können. Gemäss Seite 8, Ziffer 3.3.1 und Seite 13, Ziffer 4.2 des erläuternden Berichts ist die Verordnung mit der Erwartung verbunden, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe erbringen. Gleichzeitig wird ausgeführt, die Ausrichtung der Bundesmittel sei jedoch nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Angesichts der finanziellen Belastung der Kantone ist diese Erwartungshaltung des Bundes nach Ansicht der Bündner Regierung abzulehnen. Es handelt sich explizit nicht um eine Koppelfinanzierung. Die Kantone müssen – wenn ein entsprechendes Gesuch um Beitragsleistungen eingeht – frei entscheiden können, ob eine zusätzliche Finanzierung in einem sie betreffenden Anwendungsfall möglich und sachgerecht ist. Eine Anspruchshaltung des Bundes, wonach zusätzlich Mittel auch von den Kantonen gesprochen werden müssen, ist nicht gerechtfertigt.

Für Rückfragen können Sie sich an die Departementssekretärin des Departements für Sicherheit, Justiz und Gesundheit Graubünden, Frau Dr. iur Regula Hunger, wenden (Tel. 081 257 25 11; regula.hunger@djsq.gr.ch).

Abschliessend danken wir Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP) – Procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,

Donnant suite à votre courrier du 30 janvier 2019, nous vous prions de bien vouloir trouver, ci-après, la prise de position du Canton de Neuchâtel concernant l'objet mis en consultation.

Du point de vue de la police, cette nouvelle ordonnance pourrait représenter une charge supplémentaire de travail vu qu'il est prévu que les cantons soient associés à l'examen des demandes d'aides financières.

Il y a également un risque de décalage entre l'appréciation faite par les demandeurs quant à leurs besoins de protection particuliers et l'analyse des risques vue du côté de la police, ce qui peut créer des tensions dans les contacts avec les communautés demanderesses même s'il n'est pas prévu que les requérants aient accès au résultat d'appréciation. Nous l'avons déjà constaté ces dernières années au contact de certaines communautés, où la perception du risque est alimentée par des événements internationaux et qu'il est ensuite difficile d'objectiver sur le terrain cantonal.

Nous craignons aussi que le renforcement de mesures de sécurité de certaines communautés attire l'attention et favorise indirectement un repli identitaire de ces communautés ou exacerbe potentiellement les tensions intercommunautaires.

Sous l'angle de l'égalité de traitement, la police risque également d'être confrontée à des demandes plus nombreuses en provenance d'autres acteurs (cibles) ne répondant pas à la définition d'une minorité au sens de la présente ordonnance; la radicalisation et l'extrémisme violent ont notamment pour cibles des boucheries, des abattoirs, des éleveurs d'animaux, des entreprises de construction, des banques, etc.

Enfin, il est à relever également que le mode de financement de cette ordonnance met les cantons à contribution à charge équivalente et on peut ici craindre que des cantons où la menace est largement plus faible participent au financement de mesures prises ailleurs, alors même que d'autres mesures de prévention ont pu être prises en amont et contribuent à la sécurité locale.

NE

Pour toutes ces raisons, le Canton de Neuchâtel n'est pas favorable aux dispositions prévues dans cet avant projet d'ordonnance.

Tout en vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 6 mai 2019

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 7. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns mit Schreiben vom 3. Januar 2019 zur Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und äussern uns gerne wie folgt.

Wir akzeptieren es, wenn vom Bund der Schutz und die Sicherheit von Minderheiten in der Schweiz gestärkt und diese finanziell in Teilen entlasten werden. In diesem Sinne findet die Vorlage unsere Unterstützung. Dennoch erlauben wir uns mit Blick auf folgende Passagen im Bericht einen Hinweis:

- *"Damit ist auch die Erwartung verbunden, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen. Kantonale Unterstützungen können durchaus komplementär sein und müssen keineswegs im selben Bereich wie die gestützt auf diese Verordnung erbrachten Leistungen des Bundes erfolgen."*
- *"Mindestens die Hälfte der Kosten sollen durch Eigenmittel oder Dritte (Kantone, Gemeinden und Private) erbracht werden."*
- *"Artikel 8 enthält Grundsätze für die Festlegung der Höhe der auf die Verordnung gestützten Unterstützungsbeiträge des Bundes. Die Finanzhilfen werden auf der Grundlage der folgenden Elemente berechnet: Art und Bedeutung der Massnahme (Bst. a), von der Beitragsempfängerin selber erbrachte Leistungen, Leistungen, die gestützt auf andere Bundeserlasse ausgerichtet werden, Leistungen der Kantone und lokaler Behörden sowie Leistungen Dritter (Bst. b)."*

Dass die finanzielle Beteiligung des Bundes nicht von kantonalen Beiträgen abhängig ist, stimmt unseres Erachtens daher nur indirekt. Im Hintergrund steht die offen ausgesprochene Erwartung, dass die Kantone mindestens gleich hohe Beiträge wie der Bund leisten sollen.

Dies lehnen wir ab und bitten Sie, in der Umsetzung darauf zu achten, dass Bundesbeiträge nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch die Kantone Beiträge an die Massnahmen leisten. Die Kantone sollen weiterhin frei – insbesondere auch ohne moralischen Druck – entscheiden können, welche Beiträge sie ausrichten.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Res Schmid
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3001 Bern

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3411
Unser Zeichen: fu/db

Sarnen, 2. Mai 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zu äussern.

Grundsätzlich unterstützen wir die Bestrebungen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten und teilen die im Bericht gemachten Erläuterungen. Artikel 13 ist unseres Erachtens dahingehend zu ergänzen, dass nicht nur die gewährten Finanzhilfen des Bundes, sondern auch diejenigen der Kantone und der Gemeinde – soweit solche gewährt werden – offenzulegen sind.

Gemäss erläuterndem Bericht wird von den Kantonen erwartet, dass sie Beiträge in gleicher Höhe leisten wie der Bund. Eine rechtliche Verpflichtung für die Kantone besteht jedoch nicht und die Bundesmittel sind auch nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Wir weisen darauf hin, dass Beiträge unseres Kantons nicht geplant sind. Selbstverständlich werden wir aber auf polizeilicher Ebene mit den Sicherheitsbehörden des Bundes zusammenarbeiten.

Für Fragen zu unserer Stellungnahme können Sie sich an Florian Ulrich (Tel. 041 666 62 18, florian.ulrich@ow.ch) wenden. Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Landammann

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Sozialamt
- Staatsanwaltschaft
- Staatskanzlei (Kommunikation, mit den Akten OWSTK.3411)

Telefon 052 632 74 61
Fax 052 632 77 51
sekretariat.di@ktsh.ch

Departement des Innern

Bundesamt für Justiz BJ
3003 Bern

Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 17. April 2019

**Vernehmlassung betreffend Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS);
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie die Kantone zu einer Vernehmlassung in oben erwähnter Angelegenheit eingeladen. Ihre Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Grundsätzlich begrüssen wir die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen. Dies umso mehr, als dass die Regelung nicht in den Aufgabenbereich der Kantone, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, eingreift. Bestenfalls werden die Kantone etwas entlastet, weil Einsätze der Polizeiorgane durch vorbeugende Schutzmassnahmen verhindert werden können. Allerdings erscheint der jährliche Kostenrahmen von max. Fr. 500'000 im Hinblick auf die diversen möglichen Anspruchsgruppen als eher zu tief gewählt.

Entschieden abgelehnt werden jedoch finanzielle Leistungen der Kantone. Die Bundesmittel sind zwar gemäss dem Verordnungstext nicht von kantonalen Beiträgen abhängig. Im Erläuternden Bericht wird jedoch die Erwartung skizziert, dass die Kantone Beiträge in gleicher Höhe leisten. Die Kantone sind so schon durch die steigenden Sicherheitskosten zum Schutz von

Minderheiten ausreichend belastet. Aus unserer Sicht fragwürdig ist zudem der explizite Ausschluss von Flüchtlingen mit der Begründung einer nicht gefestigten Bindung zur Schweiz, zumal die anerkannten Flüchtlinge über eine rechtlich gefestigte Bindung verfügen.

Für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Der Departementsvorsteher

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'W' followed by a large loop and a small dot.

Walter Vogelsanger, Regierungsrat

Kopie z.K.:
– Finanzdepartement
– Sozialamt

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
elektronisch an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schwyz, 24. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 7. Mai 2019 Stellung zu nehmen.

Der Kanton Schwyz verzichtet in der vorliegenden Angelegenheit auf die Einreichung einer Vernehmlassung.

Für die Einladung zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich
Öffentliches Recht
Bundesrain 20
3003 Bern

23. April 2019

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 30. Januar 2019 in oben genannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne äussern wir uns wie folgt:

A. Grundsätzliches

Die Sicherheitslage hat sich in Europa in den letzten Jahren verändert. Wiederholt und in verschiedenen Ländern kam es zu gewaltsamen Übergriffen gegen Minderheiten. Auch in der Schweiz sind insbesondere Angehörige von jüdischen und muslimischen Gemeinschaften einer erhöhten Bedrohung durch terroristische oder gewaltextremistische Aktionen ausgesetzt. Dementsprechend machen besonders exponierte Minderheiten das Bedürfnis nach einer angemessenen Verstärkung des polizeilichen Schutzes sowie nach staatlicher Beteiligung an den bislang alleine getragenen hohen Kosten für die nötigen Sicherheitsmassnahmen geltend. Es handelt sich um nachvollziehbare Bedürfnisse und die Berechtigung der Anliegen steht für uns ausser Frage. Demzufolge begrüssen wir den Erlass der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) und die Möglichkeit zur Leistung von Finanzhilfen des Bundes. Unsere Zustimmung beruht zudem auf der Überzeugung, dass Präventionsmassnahmen wie vorliegend nicht alleine dem Schutz der konkret bedrohten Minderheiten dienen. Vielmehr können sie einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Schweiz allgemein leisten.

B. Zu einzelnen Bestimmungen

Artikel 1 E-VSMS

Gegenstand der Verordnung ist u.a. die Leistung von Finanzhilfen des Bundes für Massnahmen, die in der Schweiz von nicht gewinnorientierten Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts mit Sitz in unserem Land durchgeführt werden. Die Massnahmen bezwecken den Schutz von Minderheiten vor physischen Übergriffen im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalt-tätigem Extremismus. Die Verordnung beschränkt sich auf Finanzhilfen des Bundes. Kantonale und kommunale Sicherheitsmassnahmen sind, sofern nötig, weiterhin im erforderlichen Mass zu treffen.

Artikel 4 Bst. d E-VSMS

Finanzhilfen können u.a. ausgerichtet werden, um breitere Bevölkerungsgruppen über Minderheiten mit besonderem Schutzbedürfnis zu informieren. Informationen über Minderheiten und intensivierete Bemühungen zur Ermöglichung beziehungsweise Festigung persönlicher Kontakte mit Angehörigen von Minderheiten erachten wir als geeignete Massnahme zum Abbau von Vorurteilen und somit letztlich zur Verhinderung gewalttätiger Aktionen. Die Gewährleistung des Schutzes besonders gefährdeter Minderheiten und die Verhinderung entsprechender Angriffe, finanziert u.a. durch den Bund, dürften das Entstehen eines Klimas des gegenseitigen Misstrauens und die Ingangsetzung einer Gewaltspirale verhindern. Die geleistete Finanzhilfe zur Gewährleistung des Schutzes von Minderheiten trägt somit mittelbar auch zur Gewährleistung der Sicherheit von Personen bei, welche einer anderen oder keiner Minderheit angehören. Mittel- und langfristig dürfte sich die Finanzhilfe positiv auf den unerlässlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt im Allgemeinen auswirken. Gerade im vorliegenden Bereich sollte dieser gesamtgesellschaftliche Nutzen gebührend hervorgehoben werden, um allenfalls bestehenden Klischees keinen Vorschub zu leisten.

Wir machen beliebt, zumindest im erläuternden Bericht den Nutzen des Minderheitenschutzes für die Sicherheit der gesamten Bevölkerung der Schweiz hervorzuheben. Eine Ergänzung könnte ergänzend zu den Erläuterungen zu Artikel 4 erfolgen oder in Ziffer 4.3 des erläuternden Berichts (Auswirkungen auf die Gesellschaft).

Artikel 5 E-VSMS

Die Erläuterungen äussern die Erwartung des Bundes, dass die Kantone jeweils Leistungen in gleicher Höhe erbringen. In Ziffer 4.2 (Auswirkungen auf die Kantone) wird diese Erwartung wiederholt. Sie ist nachvollziehbar und entspricht der primären Zuständigkeit der Kantone für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Sollte eine Minderheit im Sinne von Artikel 3 E-VSMS im Kanton Solothurn jemals ein erhöhtes Schutzbedürfnis geltend machen und gestützt auf die Verordnung eine Finanzhilfe des Bundes erhalten, käme der Kanton Solothurn der genannten Erwartung nach. Aktuell ist nicht davon auszugehen.

Artikel 6 Absatz 3 E-VSMS

Die genannten Ausschlussgründe begrüssen wir vorbehaltlos.

Artikel 11 E-VSMS

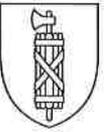
Die Kompetenzzuteilung erachten wir als sachgerecht.

Gerne hoffen wir auf Berücksichtigung unserer Überlegungen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Fürst
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 6. Mai 2019

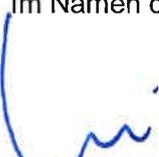
Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie uns die Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zur Vernehmlassung unterbreitet. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir die Verordnung als Grundlage für Finanzhilfen für Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen begrüssen und keine Bemerkungen haben.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



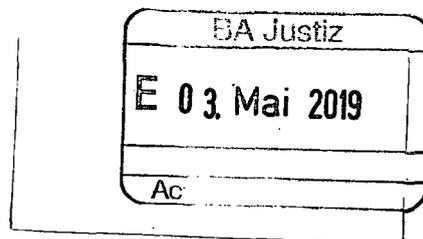
Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 30. April 2019



Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für eine Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Allerdings gestatten wir uns den Hinweis, dass die Polizei personelle Mittel zur Verfügung stellen muss, wenn sich beispielsweise Massnahmen auf den Personenschutz ausdehnen. Im Weiteren wird die Polizei in solchen Fällen auch einen gewissen Mehraufwand in der Beratungstätigkeit zu erbringen haben. Aus diesem Grunde erachten wir die im erläuternden Bericht verschiedentlich geäusserte Erwartungshaltung, dass sich die Kantone noch zusätzlich mit finanziellen Beiträgen in gleicher Höhe wie der Bund an den im Verordnungsentwurf vorgesehenen Massnahmen zu beteiligen haben, als nicht angebracht. Die Kantone finanzieren ihre Polizeibehörden und erbringen damit einen hinreichenden Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit auch von Minderheiten im Sinne der VSMS.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatschreiber

Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
T +41 58 345 53 10, F +41 58 345 53 54
www.tg.ch



Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di giustizia UFG
Bundesrain 20
3003 Berna

anticipata per email: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Procedura di consultazione relativa all'ordinanza sulle misure volte a garantire la sicurezza delle minoranze bisognose di particolare protezione (OMSM)

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 30 gennaio 2019 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

L'ordinanza, unitamente al rapporto esplicativo, è stata da noi esaminata in collaborazione con il servizio di polizia interessato. Preso atto dei principi sanciti dall'ordinanza, condividiamo quanto stabilito dalle nuove disposizioni, precisando quanto segue.

Giusta l'art. 3 cpv. 2 OMSM un bisogno di particolare protezione è dato quando una minoranza è esposta a una minaccia di aggressioni connesse al terrorismo o all'estremismo violento superiore a quella generale cui è esposta la restante popolazione. Competente per la valutazione del bisogno di particolare protezione è il Servizio delle attività informative della Confederazione (SIC; art. 3 cpv. 3 OMSM) il quale, a sua volta, consulta le autorità cantonali e comunali preposte alla sicurezza, ritenuto come le stesse abbiano una conoscenza più diretta della situazione locale e delle minacce specifiche cui è esposta una minoranza (art. 11 cpv. 2 OMSM).

Se da un lato è condiviso appieno il parere secondo cui il bisogno di particolare protezione sia da determinare sulla base di criteri oggettivamente misurabili e delle circostanze nei casi concreti, dall'altra riteniamo opportuno che all'autorità cantonale e comunale competenti per il servizio di sicurezza siano forniti dei parametri di valutazione più specifici, sui quali potersi basare nell'esprimere il proprio parere.

Condividiamo pertanto quanto espresso dal competente servizio di polizia e ci rimettiamo al parere del Dipartimento federale.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Christian Vitta

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Comando della Polizia cantonale (servizio.giuridico@polca.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
3003 Bern

Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) Stellung zu nehmen. Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Möglichkeit zur Leistung von Finanzhilfen des Bunds an Organisationen, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten vor Angriffen, die im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus stehen, zu schützen, begrüssen.

Als zweckmässig erachten wir die Regelung betreffend Beitragsempfängerinnen und Beitragsempfänger hinsichtlich des engen Bezugs zur Schweiz, des Ausschlusses bei gewinnorientiertem Charakter und von privaten Sicherheitsdienstleistern. Ansonsten bestünde das Risiko von «uferlosen» Gesuchen. Die in Artikel 3 erfasste Umschreibung von Minderheiten ist komplex und nur zusammen mit dem erläuternden Bericht schlüssig. Daher ist es sinnvoll, dass in Absatz 3 der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) für die Beurteilung der Gefährdung in Bezug auf die Täter- und Opferseite legitimiert wird. Betroffen von der Verordnung ist vor allem fedpol. Wir begrüssen aber ausdrücklich die in Artikel 11 vorgesehene Möglichkeit der Konsultation der kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden für die Beurteilung des besonderen Schutzbedürfnisses.

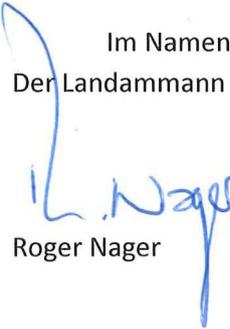
Ansprechperson für den Kanton Uri ist Gustav Planzer, Stabchef der Kantonspolizei,
gustav.planzer@ur.ch.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bitten Sie, unsere Bemerkungen bei der Weiterbearbeitung dieser Vorlage gebührend zu berücksichtigen und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 9. April 2019



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor


Roger Nager


Roman Balli



P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Madame
Karine Keller-Suter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Notre réf. C-36764 / CV
Votre réf.

Date 8 mai 2019

Ordonnance sur les mesures visant à garantir la sécurité des minorités ayant un besoin de protection particulier (OSMP) ; procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir associé à la consultation précitée.

Nous saluons positivement ce projet d'ordonnance et soulignons en particulier sa pertinence.

L'article 3, alinéa 1, lettre c, de l'OSMP relève que les minorités doivent entretenir des liens solides avec la Suisse et ses valeurs. Cette condition est essentielle à une bonne intégration et permet d'éviter des tensions en renforçant la sécurité des personnes concernées.

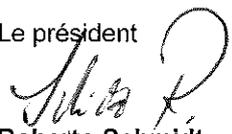
Le Canton du Valais apprécie par ailleurs que le Service de renseignement de la Confédération doive consulter les autorités cantonales de sécurité avant que Fedpol ne rende une décision (art. 11, al. 2).

Pour conclure, nous n'avons pas de réserve avec le principe d'une participation attendue par les cantons d'une aide financière équivalente à celle versée par la Confédération (rapport explicatif sur l'art. 5, page 8, ch. 3.3.1).

Veuillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Roberto Schmidt



Le chancelier


Philipp Spoerri

Copie à : jonas.amstutz@bj.admin.ch

Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Öff. Recht
Fachbereich Rechtssetzungs-
projekte und -methodik
Herr Jonas Amstutz
3000 Bern

T direkt +41 41 728 50 32
marcel.tobler@zg.ch
Zug, 2. Mai 2019 toar
SD SDS 7.11 / 229

Verordnung über die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) – Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vorsteherin des EJPD hat die Kantonsregierungen mit Schreiben vom 30. Januar 2019 eingeladen, sich zum Entwurf der erwähnten Verordnung vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt. Wir nehmen nach Rücksprache mit der Direktion des Innern und der Zuger Polizei im Namen der Zuger Regierung gerne zur Vorlage Stellung.

Wir begrüssen die Verordnung grundsätzlich, welche den Schutz von Minderheiten in der Schweiz erhöht. Eine Beteiligung der öffentlichen Hand an den privaten Sicherheitsmassnahmen der entsprechenden Gemeinschaften erscheint uns gerechtfertigt, da die Bedrohungen offenbar generell wieder zunehmen. Im Kanton Zug sind allerdings keine diesbezüglichen Probleme zu verzeichnen.

Anträge

1. In der Einleitung der Erläuterungen sei auf den «Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» vom 4. Dezember 2017 zu verweisen.
2. Es sei näher zu bestimmen, was unter einer regelmässigen Überprüfung der Verordnung sowie regelmässigen Berichterstattung über die Evaluationsergebnisse zu verstehen ist.
3. In den Erläuterungen seien die Ausführungen bezüglich einer Beteiligung der Kantone zu streichen.

Begründungen

Zu Antrag 1:

Neben den Massnahmen, die in der Verordnung geregelt werden, stellt auch die aktive Bekämpfung von minderheitsfeindlichen Entwicklungen einen zentralen Pfeiler in der Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten dar. Wie der erläuternde Bericht zur Vorlage (zu Art. 1, Gegenstand) richtig erwähnt, gibt es Organisationen und Fachstellen, die sich mit Gewaltprävention beschäftigen oder auch aktiv gegen minderheitenfeindliche Tendenzen beispielsweise in den sozialen Medien vorgehen. Es wäre zielführend, eine nachhaltige Finanzierung dieser Stellen zu gewährleisten. Der «Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» (NAP), der aktuell von Bund und Kantonen umgesetzt wird, sieht vor, entsprechende Präventionsmassnahmen zu verstärken. Die Zielsetzungen des NAP umfassen auch das Verhindern von Attentaten, die sich gezielt gegen religiöse Minderheiten richten können. Ein Verweis im Bericht zur Verordnung auf die Massnahmen des NAP schiene uns daher zweckmässig.

Zu Antrag 2:

In Art. 15 wird festgelegt, dass das fedpol regelmässig die Zweckmässigkeit und Wirksamkeit der Verordnung überprüft und es dem Bundesrat regelmässig Bericht über die Ergebnisse der Evaluation erstattet. Da sich der erläuternde Bericht nicht zum Begriff «regelmässig» äussert, ist nicht klar, wie oft und in welchen zeitlichen Abständen eine Überprüfung und Berichterstattung zu erfolgen hat. Ebenso bleibt unklar, inwiefern die kantonalen Stellen in diese Evaluationen miteinbezogen werden. Sinnvoll wäre es daher zu definieren, wann das fedpol dem Bundesrat erstmalig nach dem Inkrafttreten der Verordnung Bericht zu erstatten hat, was unter einer regelmässigen Überprüfung und Berichterstattung zu verstehen ist und welcher Aufwand hierfür für die Kantone zu erwarten ist.

Zu Antrag 3:

Der Bundesrat will höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten übernehmen (Art. 7 Verordnung). Wir haben zur Kenntnis genommen, dass gleichzeitig die Erwartung besteht, dass die Kantone Leistungen «in gleicher Höhe» wie der Bund erbringen. Allerdings widersprechen sich die diesbezüglichen Ausführungen und Vorschläge in den Erläuterungen. Bei Ziff. 3.3.1 (Grundsatz) wird erwähnt, dass die Kantone auch komplementäre Leistungen erbringen könnten, ohne jedoch konkreter zu werden, bei Ziff. 3.3.3 (zu Art. 7) ist die Rede von «Eigenmitteln oder Dritten (Kantone, Gemeinden und Private)», welche mindestens die Hälfte der Kosten tragen sollen, und bei Ziff. 4.2 (Auswirkungen auf die Kantone) werden «Beiträge in gleicher Höhe» von den Kantonen erwartet. Abgesehen davon unterscheiden sich die Situationen in den einzelnen Kantonen und damit auch ihre jeweilige Bereitschaft zur subsidiären Unterstützung und entsprechender Gesetzgebung erheblich. Diese Frage unterliegt indes der Kantonshoheit – ob einzeln oder koordiniert –, und sie ist nicht Gegenstand des vorliegenden Geschäfts. Wir regen aus den genannten Gründen an, die entsprechenden Passagen aus den Erläuterungen zu streichen.

Seite 3/3

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Beat Villiger
Regierungsrat

Kopie per E-Mail oder Gever an:

- jonas.amstutz@bj.admin.ch (Word und Pdf)
- Staatskanzlei (zur Aufschaltung der Vernehmlassung im Internet)
- Direktion des Innern
- Zuger Polizei



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

17. April 2019 (RRB Nr. 363/2019)

**Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit
von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. Januar 2019 haben Sie uns den Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die vorliegende Verordnung, die zur Verbesserung der Sicherheit besonders gefährdeter Minderheiten beiträgt, unterstützen wir. Der Bund trägt damit der nationalen Tragweite dieser Thematik Rechnung, ohne sich auf blosser Koordinationsaufgaben zu beschränken. Die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes sollen den unterstützten Minderheiten helfen, die Kosten für diejenigen Sicherheitsmassnahmen, die sie selber verantworten, besser tragen zu können.

Gleichzeitig ist mit der neuen Verordnung die Erwartung verbunden, dass die Kantone ebenfalls Leistungen in derselben Höhe wie der Bund erbringen. Da die Polizeihöhe in erster Linie bei den Kantonen liegt, erachten wir deren finanzielle Mitbeteiligung an Sicherheitsmassnahmen von gefährdeten Minderheiten als sachgerecht. Dementsprechend ist auch der Kanton Zürich bereit, sich an den Sicherheitskosten von auf seinem Gebiet ansässigen Minderheiten mit erhöhtem Schutzbedürfnis im Umfang der auf den Kanton entfallenden Finanzhilfen des Bundes zu beteiligen, wobei die vom Kanton zu tragenden Kosten hälftig von den Gemeinden übernommen werden sollten. Es wurden deshalb Gespräche mit den betroffenen kommunalen Sicherheitsbehörden aufgenommen. Dabei hat die Stadt Zürich bereits ihre Bereitschaft signalisiert, gemeinsam mit der zuständigen kantonalen Stelle die Frage vertieft zu prüfen, ob sie die aufgrund der aktuellen Bedrohungslage gestiegenen Sicherheitskosten von gefährdeten Minderheiten finanziell unterstützen kann.

Die Stadt Zürich – als Ort, in dem sich die grösste jüdische Gemeinde und zahlreiche jüdische Einrichtungen befinden – bzw. deren Stadtpolizei pflegt schon seit vielen Jahren eine enge und vielschichtige Zusammenarbeit mit Vertretungen der jüdischen Gemeinschaften sowie mit weiteren Minderheiten, die über besondere Schutzbedürfnisse verfügen. Art. 11 Abs. 3 VSMS sieht vor, dass die inhaltliche Prüfung der eingehenden Gesuche um Finanzhilfe ausschliesslich durch das Bundesamt für Polizei erfolgt – ohne Konsultation kantonaler oder kommunaler Sicherheitsbehörden. Letztere sollen einzig vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bei der Beurteilung zum besonderen Schutzbedürfnis miteinbezogen werden (Art. 11 Abs. 2 Satz 2). Wir beantragen deshalb, dass die lokalen Behörden in die Prüfung der Gesuche um Finanzhilfe involviert werden, etwa in Form einer Stellungnahme. Art. 11 VSMS ist daher entsprechend anzupassen. Bereits heute leistet im Übrigen die Kantonspolizei Zürich im präventiven Bereich zusammen mit dem NDB und in enger Kooperation mit der Stadtpolizei Zürich viel für den Schutz religiöser Minderheiten.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli

